



Auto-Krise zeigt: Verbrenner-Verbot endlich kippen!

Das faktische Aus für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035 besteht unverändert fort. Es ist Bestandteil, des von der CDU-Kommissionspräsidentin von der Leyen vorgelegten „Fit For 55-Pakets“. Nicht nur die Entwicklung bei einem großen Niedersächsischen Automobilhersteller verdeutlichen mehr als genug, dass es eine Überarbeitung der Regulierung braucht.

Baden-Württemberg ist wie kein anderes Bundesland von seiner – noch – starken Automobil- und Zulieferbranche geprägt. Der Aufstieg des Autos war auch der wesentliche wirtschaftliche Aufstieg des Landes Baden-Württemberg. Zwar geht die Regulierung auf EU-Recht zurück und der Bund ist wesentlicher Akteur. Gleichwohl sieht die FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg auch die grün geführte Landesregierung in der Pflicht, sich mit Nachdruck für Anpassungen im Sinne des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg einzusetzen. Wir brauchen eine sachgerechte und zukunftsgerichtete Industrie- und Umweltpolitik.

Wir Freie Demokraten haben vor diesen Gefahren immer gewarnt.

Es ist an der Zeit, dass Worten auch endlich Taten folgen, um Gefahren für unsere Demokratie entschlossen entgegenzutreten.

Die FDP-Fraktion fordert Ministerpräsident Kretschmann auf, sich für folgende Punkte auf allen Ebenen mit Nachdruck einzusetzen:

1. Ministerpräsident Kretschmann muss sich in Brüssel und bei den Grünen im Bund für eine umgehende **Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots** ab dem Jahr 2035 einsetzen. Das Thema muss jetzt angegangen werden und nicht erst im Rahmen des Reviews 2026. Damit gäbe es endlich eine Perspektive für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor nach dem Jahr 2035, die mit synthetischen Kraftstoffen klimafreundlich betrieben werden können.
2. Die bestehende **CO₂-Flottengrenzwerte-Regulatorik** mit ihren drastischen Verschärfungen (2025-2029 98 g CO₂/km, 2030-2034 49 g CO₂/km) und dem Ziel von Null Gramm ab dem Jahr 2035 muss abgeschafft werden. Der kommende europäische Emissionshandel für den Verkehrssektor reicht für Klimazielsetzungen völlig aus. Dieser muss klare Perspektiven für E-Fuels bieten. Denn bisher gibt es keine Anrechnungsmöglichkeit für klimaneutrale E-Fuels.



3. Das drohende EU-Fahrverbot für **vorhandene Dieselfahrzeuge** muss verhindert werden. Es kann nicht sein, dass heutige Standards, die deutlich schärfer als die zum Zeitpunkt der Zulassung des Fahrzeugs sind, dazu führen, dass ein Fahrzeug nicht mehr genutzt werden darf.
4. Als Zeichen, dass es die grün geführte Landesregierung mit dem Klimaschutz ernst nimmt, sollen die **Diesel-Dienstfahrzeuge des Landes mit HVO100** betankt werden. Das ermöglicht schon heute CO₂-Einsparungen von bis zu 90 Prozent.
5. Die Pläne zum Aufbau einer **Produktionsanlage** im großindustriellen Maßstab für E-Fuels bei der MiRo in Karlsruhe müssen endlich umgesetzt werden.
6. Die **Forschungsförderung** muss neben Elektrolyseuren auch auf die CO₂-Abscheidung aus der Luft in industriellem Maßstab ausgeweitet werden. Denn für die Produktion von E-Fuels in großen Mengen reichen Punktquellen wie Abgase von Zementwerken nicht aus.
7. **Internationale Energiepartnerschaften** mit Regionen, in denen erneuerbare Energien im Überfluss vorhanden sind, sind zu schließen. Von dort kann dann der Wasserstoff in geeigneten Formen zur Weiterverarbeitung nach Baden-Württemberg transportiert werden (z. B. Ammoniak). Dann werden die Preise für synthetische Kraftstoffe konkurrenzfähig.
8. Die Klimapolitik soll Ziele vorgeben. Für die Erreichung der Ziele braucht es **Technologiefreiheit** und keine politischen Vorgaben.

**Sie haben Fragen oder Anregungen?
Wir sind für Sie da.**

Friedrich Haag MdL

Sprecher für individuelle Mobilität
T: 0711 2063-9240
friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de

Dr. Christian Jung MdL

Sprecher für Verkehr
T: 0711 2063-9250
christian.jung@fdp.landtag-bw.de

Hans-Dieter Scheerer MdL

Sprecher für Straßenverkehr und ÖPNV
T: 0711 2063-9280
hansdieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de